

Zeitschrift:	Bevölkerungsschutz : Zeitschrift für Risikoanalyse und Prävention, Planung und Ausbildung, Führung und Einsatz
Herausgeber:	Bundesamt für Bevölkerungsschutz
Band:	4 (2011)
Heft:	11
Artikel:	"Wir wollen harmonisieren, nicht uniformieren" : Interview
Autor:	Münger, Kurt / Aebischer, Pascal / Quattro, Jacqueline de
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-357928

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Staatsrätin Jacqueline de Quattro: die Sicht des Kantons Waadt

«Wir wollen harmonisieren, nicht uniformieren»

Die Kantone müssen auch künftig für den Bevölkerungsschutz zuständig bleiben, davon ist Staatsrätin Jacqueline de Quattro, Chefin des Waadtländer Departements für Sicherheit und Umwelt, überzeugt. Verbessert werden müssen aber die Koordination zwischen den Kantonen und die Interoperabilität der Einsatzmittel, insbesondere des Zivilschutzes. Ein Interview.

Frau de Quattro, Sie sind Sicherheitsdirektorin. Fühlen Sie sich selbst sicher?

Ich fühle mich in unserem Land völlig sicher. Wenn man Zeitung liest, hat man natürlich manchmal das Gefühl, der Himmel falle einem auf den Kopf. Im Vergleich zu den meisten Ländern ist die Schweiz aber ein Hafen des Friedens. Damit dies so bleibt, müssen wir uns vor den Risiken und Gefahren schützen, seien es Naturgefahren, technologische oder gesellschaftliche. Hier sehe ich meine Rolle: Ich denke an die Katastrophen, damit die Bürgerinnen und Bürger sie vergessen können.

Welche Gefahren stehen aus Ihrer Sicht für den Bevölkerungsschutz heute im Vordergrund?

Die Gefahren werden zunehmend diffus und vielgestaltig. Die Ereignisse geschehen nicht häufiger, aber die Konsequenzen in Form von menschlichen Verlusten, Umweltzerstörung, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen verschärfen sich. Ich denke an den Tsunami in Japan vom März 2011 und die nuklearen Störfälle, die darauf folgten, an das Erdbeben von Haiti 2010, an die 20 zu Tode Getretenen der «Love Parade» von Duisburg oder auch an die H1N1-Pandemie von 2009. Für die Schweiz stehen im Vordergrund die Naturgefahren und die technologischen Gefahren.

Jacqueline de Quattro

Staatsrätin Jacqueline de Quattro leitet das Departement für Sicherheit und Umwelt des Kantons Waadt. Sie wurde 1960 geboren und wuchs in Zürich und im Waadtländer auf. Nach dem Rechtsstudium arbeitete sie als Assistentin an der Universität Lausanne und als Gerichtsschreiberin unter anderem beim Bundesgericht. 2000 erhielt sie das Anwaltspatent und gründete in Lausanne eine Kanzlei. Sie war Abgeordnete im Grossen Rat, bevor sie zur Gemeinderätin von La Tour-de-Peilz gewählt wurde, verantwortlich für Sicherheit und Kultur. Die FDP-Staatsrätin ist unter anderem Vizepräsidentin der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr und Präsidentin der Konferenz der Militär- und Bevölkerungsschutz-Direktorinnen und -Direktoren der lateinischen Schweiz.

Jacqueline de Quattro lebt in Clarens und ist Mutter zweier erwachsener Kinder. Sie ist viersprachig und passionierte Kampfsportlerin.



«Es ist normal, dass man zuerst einmal eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Kantonen in derselben Region sucht.»

Glücklicherweise blieben unser Land und der Kanton Waadt in den letzten Jahren vergleichsweise verschont, selbst wenn man an die Hochwasser von 2005 und 2007 denkt, die in der Erinnerung haften geblieben sind. Der Bevölkerungsschutz hat seinen Auftrag jeweils gut erfüllt.

Trotzdem läuft im Kanton Waadt zurzeit ein Reformprojekt für den Zivilschutz.

Wir müssen uns der Risikoentwicklung anpassen. Um der heutigen Lage gerecht zu werden, muss man zusammenschliessen, rationalisieren und optimieren, insbesondere was die Standorte betrifft.

Was sind die Kernpunkte der Gesetzesänderung?

Der wichtigste Punkt ist die Reduktion von 21 auf 10 Zivilschutzregionen, deren Grenzen sich an die Bezirksgrenzen halten. Diese Reorganisation wird es erlauben, dass die neuen Regionen über mehr Ressourcen und Mittel verfügen.

Gibt es in der globalisierten Welt überhaupt noch sinnvolle regionale, gar lokale Lösungen?

Ich denke ja, wenn sie auf die spezifischen Anforderungen an den Schutz der Bevölkerung einer Region zugeschnitten sind. Die Behörden vor Ort kennen auch die verborgenen Gefahren. Wenn man sich auf konkrete und klar identifizierte Gefahren ausrichtet, können Ressourcen gespart werden. Deshalb müssen die Kantone für die Sicherheit ihrer Bevölkerung verantwortlich bleiben. Allerdings müssen die Kantone und Gemeinden ihre Anstrengungen aufeinander abstimmen.

In welche Richtung soll es gehen?

Absolute Priorität hat die Verbesserung von Koordination und Interoperabilität. Im Fall einer Katastrophe kann ein Kanton mit seinen Ressourcen rasch überfordert sein. Die Behörden müssen deshalb auf die Mittel des Bundes und der anderen Kantone zählen können. Deshalb sind für mich die Koordination zwischen den Kantonen und insbesondere die Kompatibilität der Rettungs- und der Kom-



Sicherheitsdirektorin Jacqueline de Quattro informiert sich vor Ort bei der Kantonspolizei.

munikationsmittel zentral. Nur so kann eine allfällige Unterstützung über die Kantongrenzen hinweg rasch und effizient ablaufen.

Besteht die Gefahr, dass die kantonalen Lösungen auseinanderdriften?

Grundsätzlich sind alle bestrebt, gemeinsame Lösungen zu finden. Aber die Schweiz besteht nun mal aus 26 Kantonen und ebenso vielen unterschiedlichen Kulturen und Traditionen. Es ist deshalb unvermeidlich, dass manchmal verschiedene Wege gewählt werden. Alles zu vereinheitlichen, wäre auch ein Fehler. Ich war kürzlich zu Besuch in St. Petersburg und war bezaubert von der Vielfalt der Baustile im Stadtzentrum: moderne Kunst, Klassizismus, Barock, alte Kirchen mit Kuppeln ... Alles fügt sich harmonisch zusammen. Welch schrecklichen Gegensatz bilden dazu die Vorstädte mit ihren sowjetischen Mietskasernen, die in ihrer Uniformität seelenlos wirken. Wir wollen harmonisieren, nicht uniformieren; und wir wollen effizienter werden, ohne Initiative zu ersticken.

Wie sieht es denn heute damit aus? Funktioniert die Zusammenarbeit unter den Kantonen im Bevölkerungsschutz?

Jeder Kanton muss auf die Unterstützung und die Solidarität der anderen Kantone zählen können. Das ist der Geist des Föderalismus. Diese Zusammenarbeit muss vorbereitet sein. Wir haben verschiedene Projekte mit den Nachbarkantonen entwickelt. Um eine mögliche Überflutung durch die Rhone im Chablais zu antizipieren, haben wir zum Beispiel mit unseren Walliser Nachbarn einen Koordinationsplan erarbeitet. Ein weiteres

Beispiel: Wir besitzen ein Fahrzeug zur Unterstützung der Sanität, das auf dem Gebiet des Kantons Waadt stationiert ist, aber auch Freiburg zur Verfügung steht. Ein ähnliches Projekt ist in Monthey für die Kantone Waadt und Wallis angelaufen.

Gegenwärtig wird der Aufbau von interkantonalen Zivilschutz-Stützpunkten diskutiert, von besonders ausgebildeten und ausgerüsteten Einheiten, die bei Bedarf rasch und in einem grösseren Gebiet eingesetzt werden könnten.

Der Bevölkerungsschutz basiert auf den Ressourcen verschiedener Organisationen. Es wurden schon viele Anstrengungen unternommen, um die kantonalen Ressourcen zu koordinieren – bei den Sanitätsdiensten, bei der Feuerwehr, bei der Polizei und auch beim Zivilschutz. Das ist schon komplex. Wenn man nun interkantonale Zivilschutzzentren aufbaut, fügt man eine weitere zu koordinierende Schicht hinzu. Wer wäre für diese zuständig? Die Kantone? Der Bund? Was geschieht mit diesen Einsatzkräften, wenn es keine Einsätze gibt?

Aber warten wir die konkreten Vorschläge ab! Wir haben ja auch die erwähnten gemeinsamen Projekte mit den Kantonen Wallis und Freiburg. Und die Zusammenlegung von bestimmten Ressourcen in Zentren kann eine Lösung für kleinere Kantone sein, die nur über eingeschränkte Mittel verfügen. Die Initiative müsste aber von den Kantonen, im Rahmen der regionalen Konkordate, ausgehen.

Brauchen Sie als kantonale Sicherheitsdirektorin die speziellen Einheiten der Armee?

Absolut. Nehmen wir den Frankophoniegipfel von Montreux: Ohne die Armee wäre es unmöglich gewesen, die Sicherheit der 70 Staats- und Regierungschefs zu gewährleisten, die uns die Ehre erwiesen, an die Ufer des Genfersees zu kommen. Es ist undenkbar, dass die Schweiz ohne die subsidiäre Unterstützung unserer Armee ihre Rolle als Gastland weiterhin wahrnehmen könnte. Und als Verantwortliche für die Sicherheit meines Kantons beruhigt es mich, dass ich bei einer grossen Katastrophe auf die Ressourcen der Rettungs- und Sanitätstruppen zählen kann. Wir haben dies bei den Überschwemmungen 2007 erfahren.

Was erwarten Sie sonst vom Bund?

Dialog und Unterstützung. Der Bund darf nicht versuchen, immer mehr Verantwortlichkeiten an sich zu reißen und gleichzeitig die Kosten abzuwälzen. Im Gegenzug müssen die Kantone soweit möglich ihre Aufgaben selbst lösen, ohne dauernd die Hilfe des Bundes einzufordern. Nur auf diese Art erhalten wir die Flamme des Föderalismus am Leben.

Sind Sie eine Musterföderalistin? Sie sind Waadt-länder Staatsrätin, teilweise in Zürich aufgewachsen und sprechen zudem flüssig Italienisch.

Dass ich Dialekt und Italienisch beherrsche, macht aus mir noch keine Musterföderalistin. Aber ich bin zutiefst verbunden mit dieser Einrichtung. Die Beherrschung der anderen Landessprachen erlaubt es mir, zum Funktionieren des Föderalismus beizutragen, insbesondere im Rahmen von interkantonalen Konferenzen, die immer wichtiger werden. Wenn man die Sprache und Kultur der anderen versteht, erleichtert dies den Austausch und ermöglicht es, eine Diskussion auch zu leiten. Als Präsidentin der Forstdirektoren- und der Jagddirektorenkonferenz sowie als Vizepräsidentin der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr kann ich einen konkreten Beitrag am Bauwerk Föderalismus leisten.

Sie sind auch Präsidentin der Konferenz der Militär- und Bevölkerungsschutz-Direktorinnen und -Direktoren der lateinischen Schweiz. Bildet die «Suisse latine» im Bevölkerungsschutz eine Einheit für sich?

Nein. Wir achten auf Kompatibilität und Interoperabilität mit der Deutschschweiz. Es kommt vor, dass die lateinische Schweiz in einzelnen Bereichen eine Allianz bildet. Das ist ein Mittel, um in der Deutschschweiz gehört zu werden. Es ist aber auch natürlich, dass man zuerst einmal eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Kantonen in derselben Region sucht. Es geht für uns einfacher und schneller, in einer Krisensituation eine Verstärkung aus dem Wallis oder aus Genf zu integrieren als ein Kontingent, das etwa aus dem Aargau kommt – insbesondere aus sprachlichen Gründen. Aber es geht nicht darum, eine Gemeinschaft für eine Westschweizer Sicherheit zu bilden, die mit der Deutschschweiz nicht kompatibel ist. Das hat der Frankophoniegipfel gezeigt, der dank der willkommenen Verstärkung aus Deutschschweizer Kantonen und der Armee ein grosser Erfolg wurde. Die Westschweizer Konferenz existiert in erster Linie, um ihre spezifischen Probleme zu lösen.

Sie haben andere Probleme zu lösen als Deutschschweizer Regionen?

Die internationalen Organisationen, die ihren Sitz in Genf haben, führen immer wieder Konferenzen durch, an denen sich viele Staats- und Regierungschefs treffen. Für den Empfang der Teilnehmenden werden oft Kapazitäten des Kantons Waadt, sogar der ganzen Westschweiz benötigt. Daraus ergeben sich gemeinsame Transport-, Unterkunfts- und Sicherheitsfragen. In der Innerschweiz befasst man sich demgegenüber eher mit der Gotthardachse. Aber jenseits dieser speziellen Erfordernisse arbeiten wir alle für die Schweiz.

In der Schweiz wird über neue Formen der Dienstpflicht diskutiert; mehrere europäische Länder haben in letzter Zeit die Wehrpflicht abgeschafft.

Wie stehen Sie dazu?

Heute gibt es in diesem Bereich keine Tabus mehr. Man muss allerdings gut überlegen: Die Armee hat in den letzten Jahren zu viele Reformen hinnehmen müssen, die nie ganz durchgezogen wurden. Wir haben jetzt kein Recht mehr auf weitere Fehler. Im Zentrum müsste die Frage stehen, welche Verteidigung wir im 21. Jahrhundert benötigen. Was sind die Bedrohungen? Die damit verbundene Zusatzfrage ist dann, ob wir bereit sind, uns auf internationaler Ebene zu engagieren und bestimmte Verteidigungsaufgaben mit Partnern anzugehen. Sobald wir diese beiden Fragen beantwortet haben, können wir auch die Fragen zur Dienstpflicht beantworten.

Wie stehen Sie zum Thema Dienstpflicht für Frauen?

Ich finde es gut, wenn die Frauen auf freiwilliger Basis in unserer Armee Dienst leisten können, aber ich bin gegen eine Wehrpflicht für Frauen. Eine solche Änderung könnte nur im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht eingeführt werden, mit der Möglichkeit, in der Armee oder einer zivilen Institution Dienst zu leisten. Zuerst müssen wir aber klären, was wir mit unserer Armee machen wollen.

Sie sind Kampfsportlerin, sogar ehemalige Schweizer Meisterin in Judo und treiben Ju-Jitsu. Benötigen Sie dies in der Männerdomäne Sicherheitspolitik?

Judo bedeutet «sanfter Weg». Es ist eine Kampfkunst zur Verteidigung und nutzt die Kraft des Gegners, um sie gegen diesen zu kehren. Das hilft auch in der Politik! Sie hören zu, beobachten, führen Gespräche und intervenieren, wenn das Gleichgewicht gestört wird – um es wieder herzustellen. In einer Männerwelt funktioniert das perfekt. Und ich hätte mich nicht entschieden, Politikerin zu werden, wenn mir ab und zu ein rechter Ringkampf nicht zusagen würde.

Frau de Quattro, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Interview:

Kurt Münger

Chef Kommunikation, BABS

Pascal Aeberle

Redakteur «Bevölkerungsschutz», BABS